

Stellungnahme des Bundesvorsitzenden der UOKG in der Anhörung des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages über die Empfehlungen der Expertenkommission zur Zukunft der BStU

Vorstellung

Mein Name ist Dieter Dombrowski, ich bin seit Herbst 2015 Bundesvorsitzender der UOKG und Mitglied des Landtages Brandenburg. Zu meiner Person nur so viel: Ich bin in der DDR geboren und aufgewachsen; ich habe sieben Geschwister und komme aus einer katholischen Familie. Weder ich noch eines meiner sieben Geschwister waren Mitglied bei den Jungen Pionieren, bei der Freien Deutschen Jugend oder in einer Partei- oder Massenorganisation. Dafür aber hatten von uns acht Geschwistern, insgesamt sechs – davon alle meine drei Schwestern – in der DDR politische Haftstrafen von acht Monaten bis zu vier Jahren zu verbüßen.

Ich und auch meine Geschwister freuen uns jeden Tag über die Deutsche Einheit. Trotzdem sind wir voller Bitterkeit über den Stand der Aufarbeitung und den mangelnden Respekt vor hunderttausenden von Opfern der SED und Stasi.

Damit, meine Damen und Herren Abgeordneten, stehen wir nicht allein und die heutige Gelegenheit bei Ihnen die Empfehlungen der Expertenkommission zur Zukunft der BStU vortragen zu können, ist eine gute Gelegenheit, dies auch einmal deutlich zu machen, und ich weiß, dass die Opfer der SED und Stasi durch die Bank weg unzufrieden sind, genauso wie ich es persönlich auch bin.

Meine Damen und Herren, was ich hier sage, gehört alles zur Aufgabenstellung, Stellung zu nehmen zu den Empfehlungen der Expertenkommission. Ich habe an der letzten Sitzung der Expertenkommission teilnehmen dürfen und dort mit den Mitgliedern der Expertenkommission gesprochen. Was ich heute vortrage, habe ich dort auch vorgetragen.

1. Opfer haben ein Anrecht darauf, subjektiv zu sein. Wir, die Opfer der SED und Stasi sind die wirklichen Experten – ungewollt zugegeben – da wir SED und Stasi nicht aus wissenschaftlicher Sicht sehen, sondern aus persönlicher Erfahrung. Daraus resultiert unser Anspruch, dass die Meinung der Opfer von besonderer Bedeutung sein sollte.

2. Die Entlassung des Behördenleiters der BStU, Herrn Roland Jahn und die kommissarische Berufung waren völlig unnötig, wie ich in der Expertenkommission auch gesagt habe. Diese Entlassung muss von den Opfern der SED und Stasi als eine Ohrfeige betrachtet werden. Ich weiß, dass dies wohl nicht so gemeint war, aber in der Politik kommt es nicht so darauf an, wie einzelne Maßnahmen gemeint sind, sondern wie sie verstanden werden können oder müssen. Ganz offensichtlich hat die Entscheidung, Roland Jahn zu entlassen, keine sachlichen, sondern politisch taktische Gründe zu Lasten der Empfindungen der Opfer.

Die vorgeschlagene Bezeichnung des neuen Bundesbeauftragten zur Auseinandersetzung – nicht **Aufarbeitung** – mit der SED-Diktatur müssen wir in diesem Zusammenhang als politisches Signal verstehen. Die Aufarbeitung, die im Besonderen die Opfer in den Blick nimmt, wird beendet zugunsten einer wertneutralen Auseinandersetzung.

Woher kommt die Unzufriedenheit von hunderttausenden Opfern von SED und Stasi, während sich der Rest des Landes, insbesondere die Politik jeden Tag neu über die Deutsche Einheit freut?

Ich will es Ihnen sagen:

1. Ich zitiere hier den Staatsminister a. D. Rolf Schwanitz (SPD), der ganz aktuell in einem Positionspapier an den Spitzen der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag Stellung genommen hat.

Rolf Schwanitz stellt fest, dass 2004 die Zuständigkeit für die Verbrechen von SED und Stasi aus dem Bereich des Bundesinnenministeriums an die Kulturverwaltung des Bundes abgegeben wurde. Das heißt, dass der Bundesinnenminister weiterhin für die Angelegenheiten der deutschen Heimatvertriebenen von 1945 und 1946 zuständig ist und dass seit 2004 die Kulturverwaltung des Bundes nicht nur für die Wagnerfestspiele in Bayreuth, sondern auch für das Unrecht von hunderttausenden Opfern von SED und Stasi verantwortlich ist. Dies bedeutet folgerichtig, dass wichtige Anliegen der Opfer von SED und Stasi nicht mehr in das Zentrum der Politik der Bundesregierung oder in die Querschnittsausschüsse des Deutschen Bundestages gelangen.

2. Wie ist es anders zu erklären, dass durch ein Rentenüberleitungsgesetz fast unbemerkt 316 000 ehemalige Republikflüchtlinge, die in der Bundesrepublik Ansprüche nach dem Fremdrentengesetz erworben hatten, mit dem Renteneintritt in ihren Status als DDR-Bürger zurückversetzt wurden und nunmehr mit Entsetzen feststellen müssen, dass sie teilweise weniger Rente bekommen, als wenn sie bis zum Fall der Mauer in der DDR verblieben wären?

3. Wie ist es zu erklären, dass Verfassungsgerichte im vorigen Jahr entscheiden mussten, dass Antragsteller in Rehabilitationsverfahren und in Leistungsangelegenheiten der Landesämter für Soziales und Gesundheit ein Anhörungsrecht haben.

25 Jahre lang hatten Antragsteller (SED- und Stasi-Opfer) nicht die Möglichkeit, ihre Position in Streitfällen schriftlich oder mündlich vorzutragen. Nicht die Politik, sondern Verfassungsgerichte haben hier die Interessen der Opfer wahrgenommen.

4. Wer kümmert sich darum, dass die Opfer, insbesondere die Frauen von politisch motivierten Zwangsadoptionen in der DDR zu ihrem Recht kommen. Ihr Recht heißt, in Akten einzusehen – in vollständige Akten einzusehen -, um zu erfahren, wo ihre Kinder sind. Auch hier haben deutsche Behörden überall im Lande zur gleichen Zeit, in der Diskussionen geführt wurden, ob die DDR ein Rechtsstaat oder ein Unrechtsstaat war, ohne mit der Wimper zu zucken, die Akten aus DDR-Zeiten den Verwaltungsakten der heutigen Zeit gleichgestellt und nach DDR-Aktenlage entschieden, und entschieden heißt immer gegen die Antragsteller.

5. Wer kümmert sich um das Unrecht der Zwangsumgesiedelten, die Menschen, die mit dem Bau der Mauer und der innerdeutschen Grenze ihre Grundstücke verlassen mussten und die nur zu gern wieder in ihr Elternhaus zurück oder aber dafür angemessen entschädigt werden wollen?

6. Wer kümmert sich, meine Damen und Herren in der Bundespolitik um die Frage der Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in der ehemaligen DDR? Vor wenigen Tagen hat die Deutsch Bahn ihre Studie über die Zwangsarbeit von Häftlingen der Deutschen Reichsbahn der DDR veröffentlicht. Darin heißt es, ich zitiere: „In keinem anderen Land der

Welt wurde die Häftlingsarbeit so perfekt für Industrieproduktion ausgebeutet, wie in der DDR“. (Das Zitat stammt von Autor Christopher Kopper in inforadio 20.04.2016) Und weiter wird festgestellt, dass nur die Arbeiten von Häftlingen bei der Deutschen Reichsbahn ausgeführt wurden, für die sich Zivilangestellte geweigert hatten. Und weiter wird festgestellt, dass die Unfallzahlen der Zwangsarbeiter bei der Deutschen Reichsbahn zehnmal höher waren, als bei dem Rest der Zivilbeschäftigten.

Eigentlich, liebe Abgeordnete, müsste ein Aufschrei durch die Reihen des Deutschen Bundestages und die Gesellschaft gehen über dieses schreiende und ungesühnte Unrecht. Aber ich höre nichts!

Lassen Sie mich auch noch die sogenannte „SED-Opferrente“ erwähnen. Diese sogenannte SED-Opferrente, die auch eine Ehre für die Opfer bedeuten soll, ist ausschließlich an die wirtschaftliche Bedürftigkeit der SED-Opfer geknüpft. Wer als Opfer der zweiten deutschen Diktatur nicht in wirtschaftlichen Nöten ist, hat also keine Ehre!

Ja, es wird viel getan bei der Gedenkstättenarbeit und der politischen Bildung, aber es wird wenig getan, den berechtigten Anliegen der Opfer von SED und Stasi angemessen gerecht zu werden.

Positionen zu den Empfehlungen der Expertenkommission

Als UOKG – als Dachverband der Opferverbände – haben wir uns konstruktiv in die Beratungen eingebracht. Eine Notwendigkeit zur Abschaffung der BStU haben wir nie gesehen, sondern wir haben unsere Vorschläge und Positionierungen vor dem Hintergrund gemacht, dass, wenn es dann so kommen soll, nachfolgende Punkte beachtet werden müssten.

1. Die Auflösung der BStU lehnen wir ab, da sie aus Sicht der Opfer ein Signal zur Abkehr von der Aufarbeitung ist.
2. Die Expertenkommission gibt keinerlei Hinweise, wie die Antragsberechtigten rechtssicher und uneingeschränkt weiter an ihre Akten herankommen und wie die Aufbereitung der Akten beschleunigt werden kann.

3. Die Expertenkommission hat es versäumt, die notwendigen Veränderungen im Stasi-Unterlagengesetz zu benennen, welche eine Eingliederung der Akten in das Bundesarchiv nach sich ziehen würden. (Solange darüber keine Klarheit herrscht, können die Opfer keinerlei Veränderungen zustimmen.)

4. Eine bessere Wahrnehmung der Interessen der Opfer von SED und Stasi ist unsere Hauptforderung. Ob dies durch einen Bundesbeauftragten, eine andere wichtige Amtsperson oder durch eine stärkere staatliche Unterstützung der Opferverbände geschieht, ist für die Opfer unwichtig.

Nur passieren muss endlich etwas.

Unser Dachverband, der die Opfer der zweiten deutschen Diktatur vertritt, erhält eine jährliche Förderung mit klar definierten Einzelprojekten. Eine kontinuierliche Arbeit im Interesse der Opfer von SED und Stasi ist mit Projekten und Jahresverträgen nur schwer möglich.

Beauftragte

Abschlussbemerkung

Meine Damen und Herren, was wir, die Opfer von SED und Stasi verlangen, ist nicht nur die Förderung des Gedenkens der Bildungsarbeit, sondern wir verlangen Respekt vor dem Leid und den Leistungen der Opfer der zweiten deutschen Diktatur. Dies sind 250 000 politische Gefangene, dies sind die Mütter von zwangsadoptierten Kindern, dies sind tausende Opfer von ungerechtfertigten Heimeinweisungen, dies sind hunderttausende gebrochene Lebensbiografien und seelische Verletzungen, die nicht heilbar sind.

Am 3. Oktober Kränze niederlegen ist das Eine, den konkreten Opfern helfen ist etwas anderes. Und dran mangelt es.

Ich bin auch Politiker, aber ich bekenne hier öffentlich, dass ich beschämt bin, wie die Politik mit den Opfern der zweiten deutschen Diktatur umgeht.